

Bundes Eltern Rat

Gemeinsam für beste Bildung



Tätigkeitsbericht 2015

Inhalt

Tätigkeitsbericht 2015

Editorial	3
Bundeselternrat - Mitglieder - Gremien	4
Bundeselternrat - Leitbild	6
Bundeselternrat - Finanzierung	8
Schwerpunkte 2015	9
Kongresse 2015 - Übersicht	10
♦ Planungskongress	11
♦ Fachkongress 01	12
♦ Fachkongress 02	14
♦ Fachkongress 03	16
♦ Frühjahrsplenarkongress	18
♦ Herbstplenarkongress	20
Vorstand - Aktivitäten	22
Vorstand - Pressearbeit	24
Didacta 2015	25
Geschäftsstelle	26
Tätigkeitsberichte - Fachausschuss	28
Fachausschuss Grundschulen und frühkindliche Bildung	28
Fachausschuss Sonderschulen	29
Fachausschuss Berufsbildende Schulen	29
Fachausschuss Gesamtschulen	29
Fachausschuss Hauptschulen	30
Fachausschuss Gymnasien	30
Fachausschuss Realschulen	31
Ausblick 2016	32
Termine 2016	33
Partner und Unterstützer	34
Impressum	35

Editorial

Tätigkeitsbericht 2015



Sehr geehrte Eltern, sehr geehrte Erziehungsberechtigte,
liebe Mitglieder im Bundeselternrat,

herzlichen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, als Niedersächsische Kultusministerin das Vorwort für Ihren Tätigkeitsbericht zu schreiben. Das ist eine Ehre für mich und eine gute Gelegenheit, Ihnen stellvertretend für das große Engagement der vielen Elternvertreterinnen und Elternvertreter in Schule und für die Schülerinnen und Schüler zu danken!

Seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht übernimmt der Staat einen Teil der elterlichen Erziehungsaufgaben. Im Gegenzug ist es wichtig und erforderlich, dass Eltern im System Schule auf allen Ebenen mitwirken, ihre Ideen einbringen und Staat und Schule angemessen beraten – Sie kommen dieser Aufgabe vollumfänglich und verantwortungsbewusst nach.

Mit seinem Einsatz für bestmögliche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Deutschland ist der Bundeselternrat ein wichtiger bildungspolitischer Akteur. Unter der Überschrift „Bildungsrepublik Deutschland“ ist es Ihnen in diesem Jahr gelungen, die zentralen Zukunftsthemen wie die inklusive Schule, den Übergang Schule – Beruf oder die schulische Sozialarbeit facettenreich darzustellen und breit zu diskutieren. Ich halte es für wichtig, dass sich Eltern aktiv einbringen in die schul- und bildungspolitischen Diskurse und ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung nutzen. Die vielfältigen mittel- und langfristigen Herausforderungen an das staatliche Schulsystem lassen sich am besten gemeinsam angehen und erfolgreich meistern. Konstruktive und sachliche Debatten mit der Wissenschaft, mit Expertinnen und Experten aus der schulischen Praxis sowie mit den Bundesländern sehe ich als wichtige Ergänzung zur notwendigen Arbeit in den schulgesetzlich vorgesehenen Gremien.

Im Jahr 2016 werden Sie sich unter anderem mit der „Bildungsfinanzierung“ auseinandersetzen – ein spannendes und wichtiges Thema. Aus meiner Sicht ist es dringend erforderlich, dass der Bund sich finanziell stärker im Bildungsbereich engagiert. Der Bildungsfinanzbericht 2015 zeigt erneut, dass Länder und Kommunen mit großem Abstand den Hauptteil der öffentlichen Bildungsausgaben schultern. Bei steigenden Anforderungen an das Bildungssystem einerseits und dem sich abzeichnenden geringeren finanziellen Spielraum durch die Schuldenbremse in den öffentlichen Haushalten andererseits stellt sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit dieser Verantwortungsverteilung zu Lasten der Länder und Kommunen. Die Diskussion über eine gesamtstaatliche Bildungsstrategie muss sehr ernsthaft geführt werden. Ich freue mich, dass Sie sich hieran beteiligen werden.

Frauke Heiligenstadt
Niedersächsische Kultusministerin

Bundeselternrat

Mitglieder und Organe

Mitglieder

Über die satzungsgemäße Mitgliedschaft sind alle 16 Bundesländer vertreten. Sie nehmen in den Organen ihre Stimmrechte wahr.

Organe und Aufgaben

I. Die Delegiertenversammlung

- ◆ Beschlussfassung über die Satzung, Geschäftsordnung, Wahlordnung und Finanzordnung des BER,
- ◆ Wahl und Abberufung des Vorstands,
- ◆ Wahl der Finanzprüfer/innen,
- ◆ Entlastung des Vorstands,
- ◆ Genehmigung des geprüften Jahresabschlusses,
- ◆ Beschlussfassung über die Höhe der Beitragseinheit,
- ◆ Bestätigung des vom Vorstand vorgeschlagenen EPA-Delegierten,
- ◆ Einrichtung von bis zu sieben Fachausschüssen und Entscheidung über deren Auflösung,
- ◆ Beschlussfassung über das Leitbild.

II. Der Hauptausschuss

Er setzt sich aus den Ländervertretern, den Ausschussvorsitzenden und dem Vorstand zusammen. Der Hauptausschuss wird durch den Vorsitzenden geleitet.

- ◆ berät und unterstützt den Vorstand in allen satzungsgemäßen Aufgaben des BER,
- ◆ entscheidet über die Aufnahme oder den Ausschluss von Mitgliedern,
- ◆ legt die inhaltliche Arbeit des BER fest und beschließt die Durchführungen von Fachkongress, Seminaren, und die Einrichtung von Projekten und Arbeitsgruppen,
- ◆ nimmt den Finanzbericht entgegen und gibt eine Beschlussempfehlung für die Delegiertenversammlung ab,
- ◆ entscheidet über die Einrichtung einer Stelle eines/er hauptamtlichen Geschäftsführers/ in oder sonstiger Stellen,
- ◆ schlägt die Höhe der Beitragseinheit vor,
- ◆ genehmigt die Entscheidung des Vorstands über die Vertretung in nationalen und internationalen Gremien,
- ◆ entscheidet über die Einrichtung eines Fachbeirats und beruft die Mitglieder des Fachbeirats. Ferner entscheidet der Hauptausschuss über Beginn und Dauer der Arbeit des Fachbeirats.

III. Der Vorstand

- ◆ führt die Geschäfte des BER und verantwortet die Geschäftsstelle, vertritt den BER nach außen,
- ◆ Im Rechtsverkehr wird der BER durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten,
- ◆ arbeitet mit den Landeselternvertretungen zusammen,
- ◆ beruft die Delegiertenversammlung ein,
- ◆ legt gegenüber der Delegiertenversammlung jährlich einen Rechenschaftsbericht ab,
- ◆ beruft die Sitzungen des Hauptausschusses ein,
- ◆ führt die Beschlüsse des Hauptausschusses und der Delegiertenversammlung aus,

Bundeselternrat

Mitglieder und Organe

- ◆ bereitet in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen themenbezogene Projekte vor,
- ◆ bereitet Fachkongresse und Seminare vor,
- ◆ berichtet den Mitgliedern und Delegierten über die Ergebnisse der Arbeit der Fachausschüsse, Projekte und Arbeitsgruppen,
- ◆ entscheidet über die Mitgliedschaft und Vertretung in Gremien und Organisationen vorbehaltlich der Zustimmung des Hauptausschusses,
- ◆ sorgt dafür, dass das Leitbild regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt wird.

Der Vorstand setzt sich 2015 wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Michael Töpler (Nordrhein-Westfalen)

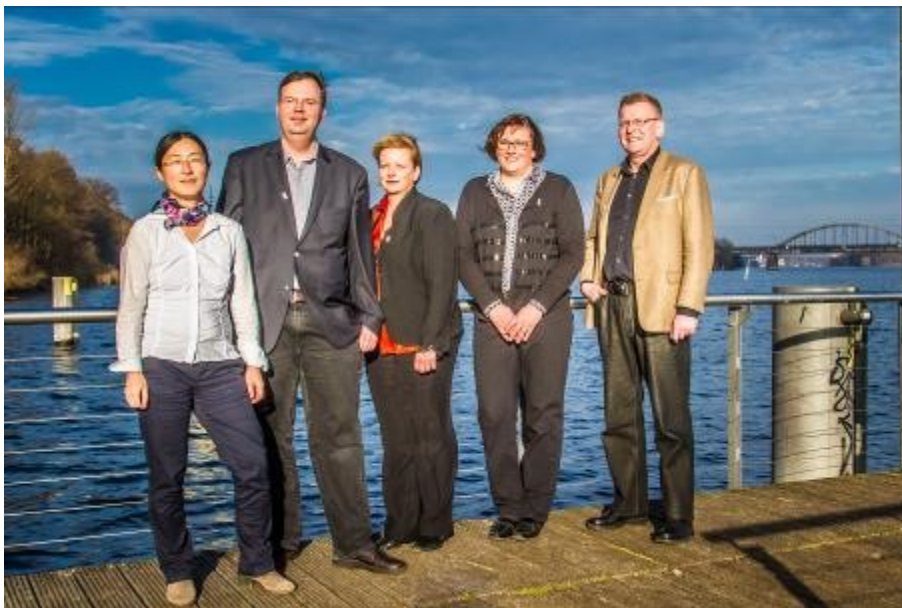
Stellvertreter: Andrea Spude (Bremen)
Erika Takano-Forck (Berlin)
Wolfgang Pabel (Niedersachsen)

Finanzen: Evelin Becker (Sachsen)

Geschäftsführer: Dr. Chris Benner

Der aktuelle Vorstand:

Von links nach rechts:
Erika Takano-Forck, Michael Töpler, Evelin Becker, Andrea Spude, Wolfgang Pabel



Bundeselternrat

Leitbild

Präambel

Seit über 60 Jahren engagiert sich der Bundeselternrat über Ländergrenzen hinweg für die Mitbestimmung der Eltern in der Schule und damit für bessere Bildung. Das Leitbild basiert also auf jahrzehntelanger Erfahrung. Es dokumentiert das Selbstverständnis des Bundeselternrats, die Ziele und den Inhalt der Arbeit. Damit schafft es die Grundlage, künftige Herausforderungen zu meistern. An diesem Leitbild haben die Mitglieder mitgewirkt. Es ist ein Spiegel der Vielfalt und der Wertschätzung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft.

Bundesweit – Für beste Bildung.

Der Bundeselternrat ist als freiwillige Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen das Sprachrohr der Eltern auf Bundesebene. Gemeinsam mit seinen Mitgliedern und Kooperationspartnern setzt er sich für bessere Bildung in Deutschland ein.

Unabhängig – Nur Eltern und Kindern verpflichtet.

Der Bundeselternrat ist schulformunabhängig, überparteilich, überkonfessionell und nicht an Aufträge oder Weisungen gebunden. Er unterstützt die Elternvertreter bei der Wahrnehmung ihrer schulischen Mitwirkungsrechte und vernetzt sie auf Bundesebene. Er setzt sich dafür ein, dass Väter und Mütter kontinuierlich an der Entwicklung der Schule beteiligt werden.

Partizipation.

Elternmitbestimmung. Nur wenn Schulen gemeinsam mit Schülern und Eltern weiterentwickelt werden, werden sie zu guten Schulen. Der Bundeselternrat setzt sich deshalb für eine Schule ein, in der demokratische Beteiligung praktiziert wird.

Kooperation – Partner.

Tradition und Innovation gehören zum Selbstverständnis des Bundeselternrats. Er ist offen für Impulse aus Gesellschaft und Wissenschaft und sucht den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit anderen, ohne dabei seine eigenen Ziele aus den Augen zu verlieren. Die Mitglieder des Bundeselternrats legen großen Wert auf partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Der Bundeselternrat beteiligt sich am Aufbau von Arbeitskreisen, Netzwerken und Verbänden. Er pflegt den Kontakt zu Verbänden und Institutionen und ist als Mitglied der European Parents' Association mit anderen Elternvertretungen in Europa vernetzt.

Bildungsgerechtigkeit – Individualität.

Jedes Kind, gleich welcher Herkunft und mit welchem Hintergrund, hat das Recht auf gleiche Chancen und damit das Recht auf bestmögliche Bildung. Für die Durchsetzung dieses Rechts setzt sich der Bundeselternrat ein. Individueller, auf das einzelne Kind zugeschnittener Unterricht ist die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit und erfolgreiches Lernen. Deshalb fordert der Bundeselternrat, alle Lehrerinnen und Lehrer so aus- und fortzubilden, dass sie Kinder individuell fördern können.

Bildungsstandards – Für Chancengerechtigkeit.

Der Bundeselternrat fordert die Einführung länderübergreifend einheitlicher Bildungsstandards. Die Bewertung von Schülerleistungen nach einheitlichen Maßstäben liefert objektive Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schule und ist die Voraussetzung, Schule und Unterricht stetig zu verbessern.

Bundeselternrat

Leitbild

Ausbildung – Fortbildung.

Nur gut ausgebildete Menschen sollen in deutschen Schulen arbeiten. Der Bundeselternrat fordert eine länderübergreifend einheitliche Ausbildung und regelmäßige Fortbildung für alle an der Schule Beschäftigten (Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, Sekretärinnen und Sekretäre etc.), damit diese den sich ständig wandelnden Anforderungen gewachsen sind.

Föderalismus – Negative Folgen überwinden.

Der Bundeselternrat setzt sich für länderübergreifend einheitliche Rahmenbedingungen im Bildungswesen ein. Die negativen Auswirkungen des Bildungsföderalismus müssen überwunden werden, damit Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland die gleichen Chancen auf einen Studienplatz und/oder eine Berufsausbildung haben. Der Wechsel an eine Schule in einem anderen Bundesland muss reibungslos möglich sein.

Organisation und Arbeitsweise

Vielfältig – Demokratisch.

Der Bundeselternrat ist die Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen der Bundesländer. Diese Struktur garantiert ein vielfältiges und demokratisches Innenleben und führt zu einem hohen Maß an Souveränität und Eigenverantwortung. Gleichzeitig stellt diese Art der Organisation eine Herausforderung im Entscheidungsfindungsprozess dar, die der Bundeselternrat gerne annimmt.

Meinungsvielfalt – Gleichberechtigung.

Kein Kind ist wie das andere, die Bedürfnisse aller Kinder sind verschieden. Der Bundeselternrat spiegelt diese Meinungsvielfalt wieder und setzt sich für die Belange von Kindern und Eltern ein. In Diskussionen strebt der Bundeselternrat einvernehmliche Entscheidungen an. Bei aller Meinungsvielfalt gehen die Mitglieder wertschätzend miteinander um.

Viele Mitglieder – Eine Stimme.

Der Bundeselternrat ist die größte Interessenvertretung von Eltern in Deutschland. Er tritt nach außen mit einer Stimme und mit einer Meinung auf.

Transparenz – Kommunikation.

Die Mitglieder des Bundeselternrats schaffen Vertrauen durch transparente Entscheidungsprozesse. Dabei halten sie Gegensätze aus und berücksichtigen Interessensunterschiede. Eine besondere Qualität der ehrenamtlichen Arbeit des Bundeselternrats liegt darin, das Zusammenwirken der Arbeitsbereiche und Ebenen sicherzustellen und dies nach innen und außen sichtbar zu machen.

Bundeselternrat

Leitbild / Finanzierung

Verantwortung – Führung.

Der Vorstand und die weiteren Führungskräfte des Bundeselternrats sind sich ihrer Verantwortung für ein kollegiales Miteinander bewusst und pflegen einen kooperativen Führungsstil. Sie sorgen für rechtzeitige und umfassende Information und schaffen Raum für selbstständiges, eigenverantwortliches Handeln.

Innovation – Veränderung.

Der Bundeselternrat ist offen für Veränderungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Dabei wird das Gleichgewicht zwischen Idealvorstellungen und dem tatsächlich Machbaren gehalten.

Handlungsrahmen – Fortschreibung.

Dieses Leitbild haben die Delegierten zwischen Juli 2008 und November 2009 bei zwei Plenarkongressen und mehreren Arbeitsgruppensitzungen unter Berücksichtigung des Inputs aus den Mitgliedsorganisationen erarbeitet. Es ist ein verbindlicher Handlungsrahmen für alle Mitglieder des Bundeselternrats. Die Mitglieder sind verantwortlich für eine ständige Überprüfung dieses Rahmens. Die Konkretisierung einzelner Passagen durch die Dokumentation der kontinuierlichen Arbeit ist ausdrücklich erwünscht.

Bad Hersfeld, im November 2009 (aktualisiert: November 2013)

Finanzierung

Der Bundeselternrat finanzierte sich 2015 aus den satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen und der Projektfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Ab 2016 haben sich 13 Bundesländer bereit erklärt, eine Zuwendung zur Finanzierung der Arbeit des Bundeselternrats zur Verfügung zu stellen.

Im Namen der Mitglieder bedankt sich der Vorstand dafür sehr herzlich.

Bundeselternrat

Schwerpunkte 2015

Das Jahr 2015 war geprägt durch das Thema „Bildungsrepublik Deutschland“. Wie Sie den nachfolgenden Programmen und Resolutionen der Kongresse entnehmen können, haben wir hier eine große Bandbreite behandelt. An dieser Stelle soll auf die Schwerpunkte unserer Arbeit hingewiesen werden.

Schon auf dem Kongress im Januar war die Mitwirkung der Eltern ein zentrales Thema. Die Bedeutung der Eltern für die Bildungschancen ihrer Kinder ist eindeutig belegt. Es geht uns darum, die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft von Elternhaus und Schule gemeinsam zu gestalten. Auf beiden Seiten gibt es noch häufig Vorurteile und Hemmungen, die allmählich abgebaut werden müssen.

Die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit war auch Thema auf den Kongressen zur „Schulleitung, Schulkultur und Schulentwicklung“, sowie zur „Steuerung im Bildungssystem: Schulqualität – Qualitätssicherung – Beteiligung“. Besonders die Zusammenarbeit von Eltern und Schulleitung bietet große Chancen zur Verbesserung von Qualität an Schule. Die Beteiligung aller Akteure ist dabei sowohl ein Merkmal von Qualität, als auch ein Motor der Entwicklung.

An den Übergängen von der Kita in die Schule, zwischen den Schulformen und von der Schule in den Beruf oder in das Studium stehen Eltern und Kinder / Jugendliche immer wieder vor besonderen Herausforderungen. Dies konnte auf unserem dritten Fachkongress intensiv diskutiert werden. Auch hier war die Mitwirkung der Eltern ein zentrales Thema.

Abschließend haben wir einen Blick auf den aktuellen Stand der Inklusion in Deutschland geworfen. Unsere Perspektive war schon im Titel des Kongresses erkennbar „Inklusion – Aspekte gelingender Inklusion“. Mit diesem Ansatz war es möglich, die bereits erfolgte Entwicklung anhand guter Beispiele und den weiteren Weg aufzuzeigen, ohne die bestehenden Umsetzungsprobleme auszuklammern.

Wir sind sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit und dem Austausch mit den Delegierten im Bundeselternrat und bedanken uns für die vielen spannenden und ertragreichen Diskussionen, zu denen uns zahlreiche Referenten und Referentinnen sehr wertvolle Anregungen gegeben haben.

Bundeselternrat

Kongresse 2015

Jahresthema 2015: Bildungsrepublik Deutschland

Fachkongress 01 / 2015

Thema: Partizipation der Eltern und Bildungschancen

Ausschüsse "Gesamtschulen" und "Gymnasien"

Potsdam, 23.-25.01.2015

Fachkongress 02 / 2015

Thema: Schulleitung, Schulkultur und Schulentwicklung

Ausschüsse "Realschulen" und "Sonderschulen"

Potsdam, 24.-26.04.2015

Planungskongress

Thema 2016:

Bildungsrepublik Deutschland Teil II - Welche Bildung braucht unsere Gesellschaft?

Potsdam, 12.-14.06.2015

Frühjahrsplenarkongress 2015

Thema: Steuerung im Bildungssystem: Schulqualität - Qualitätssicherung - Beteiligung

Potsdam, 19.-21.06.2015

Fachkongress 03 / 2015

Thema: Übergänge im Bildungssystem und Partizipation der Eltern

Ausschüsse "Grundschulen und frühkindliche Bildung", "Berufsbildende Schulen" und "Hauptschulen"

Potsdam, 25.-27.09.2015

Herbstplenarkongress 2015

Thema: Inklusion—Aspekte gelingender Inklusion

Potsdam, 20.-22.11.2015

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundeselternrat

Planungskongress

Potsdam, 12. - 14.06.2015

Jahresthema 2016:

Bildungsrepublik Deutschland—Teil II

Welche Bildung braucht unsere Gesellschaft?

An diesem Kongress nahmen die Mitglieder des Hauptausschusses teil. Es wurden die Kongressinhalte für 2016 und das Jahresthema für 2017 erarbeitet.

Die Ergebnisse sind die jeweiligen Projektbeschreibungen für die Kongresse.

Dies sind die Kongressthemen für 2016:

Fachkongress 01 / 2016

Thema: Allgemeine Bildung und Berufsorientierung—ein Gegensatz?

Ausschüsse „Gesamtschulen“ und „Hauptschulen“

Potsdam, 22.-24.01.2016

Fachkongress „Flüchtlingskinder“

Potsdam, 15.-17.04.2016

Fachkongress 02 / 2016

Thema:

Selbstbestimmtes Leben als Ziel von Bildung - Was müssen Kinder heute lernen?

Ausschüsse „Realschulen“ und „Sonderschulen“

Potsdam, 22.-24.04.2016

Frühjahrsplenarkongress 2016

Thema: Wie wird das Bildungssystem finanziert?

Potsdam, 03.-05.06.2016

Planungskongress

Thema 2017: Bildung in Europa - Von anderen Lernen

Potsdam, 17.-19.06.2016

Fachkongress 03 / 2016

Thema:

Was folgt aus Leistungsmessungen und Vergleichen? (PISA, Vera und Co.)

Ausschüsse „Grundschulen und frühkindliche Bildung“, „Gymnasien“ und

„Berufsbildende Schulen“

Potsdam, 23.-25.09.2016

Herbstplenarkongress 2016

Thema: Wie sollen Kinder lernen? Formen des Lernens

Potsdam, 11.-13.11.2016

Bundeselternrat

Fachkongress 01

Potsdam, 23. - 25.01.2015

Thema: Partizipation der Eltern und Bildungschancen – Elternfortbildung

Ausschüsse „Gymnasien“ und „Gesamtschulen“

Freitag, 23.01.2015

- 16:00-16:05 Uhr Begrüßung, Regularien
- 16:05-17:30 Uhr Elternpartizipation—Einfluss von Eltern auf den Bildungserfolg der Kinder, Elternarbeit mit schwer erreichbaren Eltern
Prof. em. Dr. Werner Sacher
- 17:45-18:30 Uhr Arbeit mit den Länderberichten
- 18:30-19:00 Uhr Auswertung im Plenum
- 20:00-21:30 Uhr Sitzung der Fachausschüsse

Samstag, 24.01.2015

- 09:00-09:05 Uhr Tagesinformationen
- 09:05-10:00 Uhr Gelebte Elternpartizipation
Von der Regelschule zur Thüringer Gemeinschaftsschule
Claudia Martins Cavaco
- 10:30-12:00 Uhr Bildungsmotivation und Bildungsgerechtigkeit
Dr. Andreas Jantowski
- 12:00-12:15 Uhr Kongressfoto
- 13:45-15:00 Uhr Elternmitwirkungsmoderatoren
Antje Wild
- 15:00-16:00 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 16:30-18:30 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 17:00-18:00 Uhr Redaktionskonferenz Teil I
- 20:00-21:30 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
parallel Redaktionskonferenz Teil II

Sonntag, 25.01.2015

- 09:00-10:45 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 10:00-11:00 Uhr Redaktionskonferenz III
- 11:15-11:45 Uhr Plenum: Abstimmung der Resolution
- 11:45-12:00 Uhr Ausblick / Verabschiedung
- 12:00 Uhr Ende des Kongresses

Resolution

„Bildungschancen sind Lebenschancen“

Schule und Eltern haben als gemeinsames Ziel bestmögliche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Schüler, Eltern und Lehrer gehen miteinander eine Erziehungs- und Bildungspartnerschaft ein. Diese kommt ohne gegenseitige Achtung und der Akzeptanz der unterschiedlichen Rollen und Aufgaben nicht aus.

Diese Partnerschaft sollte nicht nur auf Augenhöhe mit den schulischen Partnern stattfinden, sondern auch im Elternhaus wirken. Die kurz- und langfristigen positiven Auswirkungen gelungener Zusammenarbeit führen zu einer nachhaltigen Motivation. Wir machen allen Eltern Mut, sich hier zu engagieren.

In Deutschland sind Bildungschancen ungleich verteilt. Nicht alle SchülerInnen schöpfen ihre Potentiale voll aus und erreichen den für sie bestmöglichen Schulabschluss. Dies müssen wir ändern. Die Qualität der Beziehungen von SchülerInnen, Eltern und Schule untereinander sind entscheidend für den Bildungserfolg. Dort setzen wir an!

Elternmitwirkung richtet sich derzeit überwiegend auf die Schule und weniger auf die Eltern. Um vollwertige Bildungspartner zu sein müssen Eltern ihre Kompetenzen erweitern. Nicht in allen Bundesländern ist eine gesetzlich verankerte Elternschaft etabliert. Nur wenige haben eine gesetzlich verankerte Aus- und Fortbildung für Elternvertreter.

Der Bundeselternrat fordert:

- die gesetzliche Verankerung einer vielfältigen und strukturierten Aus- und Fortbildung für Eltern und deren Finanzierung in allen Bundesländern, um die Elternvertreter zu befähigen, ihre Rechte und Aufgaben kompetent wahrzunehmen.
- die professionelle Entwicklung und Durchführung von Elternschulungen durch die jeweiligen zuständigen Stellen für Qualitätssicherung und/oder Fortbildung in den Ländern.
- die Bereitstellung von Informationsmedien für Eltern unter Beteiligung der Eltern bei der Erstellung, sowie niederschwellige mehrsprachige Kommunikationsangebote.
- in der Lehreraus- und -fortbildung eine zentrale Verankerung von Kompetenzvermittlung zur Konfliktlösung und Kommunikation mit Eltern und Schülern, sowie Kenntnisse über Rechte und Aufgaben aller Beteiligten.
- die bedarfsgerechte Ausstattung von Elterngremien, damit die Elternvertreter in die Lage versetzt werden, Eltern in ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag nachhaltig zu unterstützen.
- die Bildungsbeteiligten auf, aktiv auf einander zuzugehen, Informationen zu teilen und gemeinsam die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Die Bildungschancen unserer Kinder erhöhen sich durch Kenntnisse der Eltern über Rechte und Aufgaben und ihre Beteiligung in der Schule, sowie durch den Ausbau der Kompetenzen im Elternhaus.

Potsdam, 25.01.2015

Bundeselternrat

Fachkongress 02

Potsdam, 24. - 26.04.2014

Thema: Schulleitung, Schulkultur und Schulentwicklung

Eigenverantwortliche Schule

Ausschüsse "Realschulen" und "Sonderschulen"

Freitag, 24.04.2015

- 16:00-16:05 Uhr Begrüßung, Regularien
- 16:05-17:30 Uhr Eigenverantwortliche Schule und externe Evaluation - eine Entwicklungsstrategie für Thüringer Schulen
Marion Loch (Beraterin für systemische Schulentwicklung für das Schulamt Mittelthüringen)
- 17:45-18:30 Uhr Arbeit mit den Länderberichten
- 18:30-19:00 Uhr Auswertung im Plenum
- 20:15-21:45 Uhr Sitzung der Fachausschüsse

Samstag, 25.04.2015

- 09:00-09:05 Uhr Tagesinformationen
- 09:05-10:30 Uhr Praxisbeispiel Thüringen
Roul Rommeiß (Vorsitzender Landeselternvertretung Thüringen) und Marion Loch
- 10:45-12:15 Uhr Die Bedeutung von Unterrichtsqualität und individuelle Förderung für den Lernerfolg aus Sicht der eigenverantwortlichen Schule
Otto Herz - Reform-Pädagoge und Diplom-Psychologe
- 12:15-12:30 Uhr Kongressfoto
- 14:30-15:15 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 15:45-18:00 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 17:00-18:00 Uhr Redaktionskonferenz Teil I
- 20:00-21:30 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
parallel Redaktionskonferenz Teil II

Sonntag, 26.04.2015

- 09:00-09:30 Uhr Redaktionskonferenz III
- 09:00-10:45 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 11:15-11:45 Uhr Plenum: Abstimmung der Resolution
- 11:45-12:00 Uhr Ausblick / Verabschiedung
- 12:00 Uhr Ende des Kongresses

Resolution

Schulleitung, Schulkultur und Schulentwicklung

Eigenverantwortliche Schule

Unter „eigenverantwortlicher Schule“ verstehen wir ein bestimmtes Maß der Entscheidungsmöglichkeiten von Schulleitung und Schulgremien unter Mitwirkung der Eltern und Schüler in der Schule.

Historisch gesehen war Schule in Deutschland lange Zeit ein Instrument der Obrigkeit und hatte keinen gesellschaftlichen Bildungsauftrag. Diese Vorstellung hat sich inzwischen geändert. Unsere Gesellschaft entwickelt sich permanent weiter, die Entwicklung von Schule ist aber noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Noch viel zu häufig ist Schule mehr ein Instrument der Selektion als der Förderung der individuellen Möglichkeiten unserer Kinder.

Die eigenverantwortliche Schule bietet eine Gelegenheit, Schule so zu gestalten, dass die SchülerInnen motiviert bleiben, selbstständig und selbstbestimmt ihren Lernprozess in die Hand zu nehmen. Dies trägt zu höherer Zufriedenheit sowie einem besserem Lernerfolg bei und unterstützt den Einstieg in ein lebenslanges Lernen.

Insbesondere die Herausforderungen an ein gemeinsames Lernen einer vielfältigen Schülerschaft können von einer eigenverantwortlichen Schule gemeistert werden. Dabei steht die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt

Es reicht nicht aus, Schulleitungen und Schulgremien die Verantwortung für immer mehr Bereiche zu übertragen. Die notwendigen Ressourcen, Fortbildungs- und Unterstützungsangebote müssen parallel zur Verfügung gestellt werden. Schule ist keine Insel. Für eine erfolgreiche eigenverantwortliche Schule müssen auch externe Experten aus Bildung, Wirtschaft und sozialem Umfeld in den Prozess der Schulentwicklung einbezogen werden.

Eigenverantwortliche Schule ist ein „auf den Weg machen“ und unterliegt ständigen Veränderungen und Anpassungen. Eigenverantwortliche Schule darf kein Sparmodell der Bildungspolitik sein.

Der Bundeselternrat fordert seit vielen Jahren die Entwicklung hin zu eigenverantwortlichen Schulen. Die Schulgesetze, finanzielle Ausstattung und der Stand der Umsetzung in den jeweiligen Bundesländern sind sehr unterschiedlich und wir müssen feststellen, dass noch kein Bundesland beim Ziel einer eigenverantwortlichen Schule angekommen ist.

Der Bundeselternrat fordert:

- die Festschreibung einer eigenverantwortlichen Schule in den Schulgesetzen aller Länder, mit verbindlichen Standards.
- den Schulen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit Schulleitungen und Schulgremien eigenverantwortlich Personal und Sachmittel beschaffen können.
- spezielle Fortbildungsangebote zur Verfügung zu stellen, damit alle Gruppen der Schulgemeinschaft die eigenverantwortliche Schule gemeinsam und gleichberechtigt entwickeln können.
- Schulentwicklung regelmäßig zu evaluieren und auf Nachhaltigkeit zu prüfen. Positive Erfahrungen müssen von den Kultusministerien gesammelt und allen interessierten Schulen, auch in anderen Bundesländern, zur Verfügung gestellt werden.
- die Aufhebung des Kooperationsverbotes, damit die für den Ausbau der eigenverantwortlichen Schule notwendigen Mittel schnell vom Bund zur Verfügung gestellt werden können.

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt und trotzdem bei den Bildungsausgaben (in Prozent des BIP) zu den Schlusslichtern in Europa. Bildung gehört zum gesamtgesellschaftlichen Auftrag. Es ist an der Zeit, dass sich dies in den Bildungshaushalten und in den schulischen Verantwortungen widerspiegelt.

Potsdam, den 26.04.2015

Bundeselternrat

Fachkongress 03

Potsdam, 25. - 27.09.2015

Thema: Übergänge im Bildungssystem und Partizipation der Eltern Übergänge Eltern als Begleiter ihrer Kinder

Ausschüsse „Grundschulen und frühkindliche Bildung“, „Hauptschulen“ und „Berufsbildende Schulen“

Freitag, 25.09.2015

- 16:00-16:05 Uhr Begrüßung, Regularien
- 16:05-17:30 Uhr Berufsorientierung und Berufswahl aus der Sicht von Jugendlichen und die Rolle der Eltern
Prof. Dr. Bärbel Kracke (Lehrstuhl für Pädagogische Psychologie, Universität Jena)
- 17:45-19:00 Uhr Schuldistanz - Umfang, Ursachen und Maßnahmen
Klaus Seifried (Leiter des schulpsychologischen Beratungszentrum Berlin-Schöneberg)
- 20:15-21:45 Uhr Sitzung der Fachausschüsse

Samstag, 26.09.2015

- 09:00-09:05 Uhr Tagesinformationen
- 09:05-10:30 Uhr Der Übergang von der Sekundarstufe 2 zur Berufsausbildung und Studium: Die Bedeutung der Eltern und ihre Möglichkeiten, ihre Kinder in dieser Lebensphase zu unterstützen
Peter Anhäuser (Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA) Mannheim)
- 10:45-12:15 Uhr Berufsorientierung und Übergangsbegleitung an der Kooperativen Gesamtschule Schneverdingen
Mani Taghi-Khani (Schulleitung KGS Schneverdingen)
Dr. Roger Wieneke (Leiter Modelprojekt Übergangsbegleitung von Hauptschülern in den Beruf)
- 12:15-12:30 Uhr Kongressfoto
- 14:30-18:00 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 17:00-18:00 Uhr Redaktionskonferenz Teil I
- 19:30-21:30 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- parallel Redaktionskonferenz Teil II

Sonntag, 27.09.2015

- 09:00-09:30 Uhr Redaktionskonferenz Teil III
- 09:00-10:45 Uhr Sitzung der Ausschüsse
- 10:00-11:00 Uhr Redaktionskonferenz Teil IV
- 11:15-11:45 Uhr Abstimmung der Resolution
- 11:45-12:00 Uhr Feedback, Ausblick
- 12 Uhr Ende des Kongresses

Resolution

Übergänge im Bildungssystem und Partizipation

Übergänge im Bildungssystem und Partizipation der Eltern

Das gegenwärtige gegliederte Schulsystem führt zu zahlreichen Übergängen. Deren Gestaltung wird den Lern- und Entwicklungswegen unserer Kinder und Jugendlichen häufig nicht gerecht. Im Zuge der laufenden Entwicklungen hin zu einem inklusiven Schulsystem wird sich dies Stück für Stück verändern müssen. Aktuell gilt es noch viele Übergangssituationen zu meistern, sowohl von der Kita bis zum Beruf, als auch zwischen den Schulformen der weiterführenden Schulen. Eltern sind wichtige Begleiter und Unterstützer im Bildungsprozess und damit auch für die Berufsorientierung. Diese umfasst nicht nur die spätere Entscheidung für eine Ausbildung oder ein Studium. Sie beginnt damit, den Kindern zu helfen, ihre Potentiale zu entdecken und Vorurteile über die eigenen Möglichkeiten, etwa bezogen auf Geschlecht oder sozialen Status, zu überwinden. Hier ist bereits die frühkindliche Bildung gefragt. Die Partizipationsmöglichkeiten der Eltern auf allen Stufen dieses Prozesses sind in den Bundesländern immer noch sehr unterschiedlich geregelt und vielfach nicht ausreichend.

Von der frühkindlichen Bildung bis zum Beruf sind zahlreiche Akteure beteiligt, die auf verschiedenen Gesetzesgrundlagen arbeiten (Jugendamt, Schule, Arbeitsagentur usw.). Durch unzureichende Steuerung und Abstimmung der Bildungs- und Unterstützungsangebote wird die optimale Förderung der Kinder und Jugendlichen deutlich erschwert.

Eltern sollten, nach guter Beratung, die Entscheidung bei der Schulwahl ihrer Kinder und Jugendlichen treffen, denn sie müssen diese Entscheidung und deren Konsequenzen gemeinsam mit ihnen tragen. An der Art und Weise, wie wir Jugendliche auf dem Weg zum erfolgreichen Einstieg in den Beruf unterstützen, zeigt sich die Qualität unseres Bildungssystems.

Der Bundeselternrat fordert:

- die Ausübung der Schulwahl durch die Eltern, nach qualifizierter Beratung durch dafür speziell fortgebildete Fachkräfte, insbesondere beim Übergang in die SEK I.
- die Ausweitung der rechtlich abgesicherten Elternmitwirkung in allen Bereichen von Bildung über die Volljährigkeit hinaus, maximal bis zum Ende der Unterhaltspflicht, damit die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft auch an den Übergängen verankert wird.
- konkrete Kooperationsvereinbarungen zwischen allen beteiligten Bildungseinrichtungen unter Einbeziehung der Eltern zur Gestaltung der individuellen Übergänge. Die Hospitation der pädagogischen Fachkräfte in den jeweils anderen Institutionen ist hier von großer Bedeutung.
- Möglichkeiten zum Wechsel zwischen den vorhandenen Schulformen in allen Jahrgängen, dies beinhaltet auch eine Vereinheitlichung der Vergabe von Bildungsabschlüssen.
- verlässliche und dauerhafte Ansprechpartner für Jugendliche in der Berufsorientierung, da die Bindung und das Vertrauen in diese für den Erfolg entscheidend sind. Wir benötigen eine dauerhafte Finanzierung der unterstützenden und begleitenden Personen. Die Begleitung bis in die Ausbildung hinein ist für immer mehr Jugendliche notwendig. Die schulische Nachbetreuung schafft erfolgreiche Azubis: „Azubis mit Garantie“.
- dass die Form und Bedeutung der Elternpartizipation im gesamten Bildungsprozess in der Lehreraus- und Fortbildung obligatorisch gelehrt und in der Folge besser umgesetzt wird.

Eltern haben einen großen Einfluss auf den Bildungsweg ihrer Kinder. Der damit verbundenen Verantwortung können sie nur dann gerecht werden, wenn sie an allen Entscheidungen, insbesondere an den Übergängen, maßgeblich beteiligt sind und die nötige Unterstützung durch die Institutionen erfahren.

Potsdam, 27. September 2015

Bundeselternrat

Frühjahrsplenarkongress

Potsdam, 19. - 21.06.2015

Thema:

Steuerung im Bildungssystem: Schulqualität Qualitätssicherung Beteiligung

Freitag, den 19.06.2015

- 16:00-16:50 Uhr Sitzung der Fachausschüsse / parallel Schülervertreter
- 17:00-17:15 Uhr Begrüßung und Eröffnung des Kongresses
- 17:15-17:30 Uhr Grußwort der KMK - *Staatssekretär Dr. Thomas Drescher
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg*
- 17:30-19:00 Uhr (Wie) Können wir die Qualität von Schule Unterricht und Lernen erfassen und entwickeln
em. Prof. Dr. Hans Brügelmann - Erziehungswissenschaftler
- 20:00-20:30 Uhr Schlaglichter aus der Schulinspektion Berlin
Margit Boekhoff—Leiterin Schulinspektion Berlin
- 20:30-21:30 Uhr Sitzung der Fachausschüsse / Schülervertreter

Samstag, den 20.06.2015

09:00-12:00 Uhr Schulqualität durch Schulmanagement—*Prof. Dr. Stephan Huber
Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie IBB, Pädagogische Hochschule Zug*

12:00-12:15 Uhr Kongressfoto

13:30-17:00 Uhr Workshops (2 Durchgänge)

WS 1: G8/G9, *Mona Kaczun (SV Rheinland Pfalz) und Sönke Eskeldsen (SV NRW)*

WS 2: Anerkennung von sozialem/außerschulischem Engagement bzw. Partizipation von Jugendlichen, *Felix Walz (SV Baden-Württemberg)*

WS 3: Schulqualität aus Schülersicht – Messen und Vergleichen, *Simon Becker (SV Schleswig-Holstein)*

WS 4: Abi in eigenem Takt, *Friedemann Stöffler (Abteilungsleiter Gymnasium, Gymnasium Mössingen), Dr. Carsten T. Rees (Vorsitzender LEB – BaWü)*

WS 5: Instrumente und Kriterien der Schulinspektion, *Margit Boekhoff*

17:15-22:00 Uhr Sitzung der Fachausschüsse / Schülervertreter

20:00-22:00 Redaktionskonferenz Teil I

Sonntag, den 21.06.2015

08:30-09:30 Uhr Redaktionskonferenz Teil II

09:00-10:45 Uhr Sitzung der Fachausschüsse / Schülervertreter

10:00-11:00 Uhr Redaktionskonferenz Teil III

11:15-11:30 Uhr Abstimmung der Resolution

11:30-12:00 Uhr Feedback, Ausblick und Ende des Kongresses

Resolution

Steuerung im Bildungssystem

Schulqualität - Qualitätssicherung - Beteiligung

Alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland sollen den für sie bestmöglichen Schulabschluss und Schulabschluss erreichen. Dafür brauchen wir eine hohe Schulqualität. Diese muss regelmäßig überprüft, gesichert und weiterentwickelt werden. Ein wesentliches Mittel dieses Steuerungsprozesses ist die Evaluation. Evaluation sorgt aber allein noch nicht für eine Veränderung der Schule, sie bildet nur den Ist-Zustand ab. Sie ist jedoch notwendig um Veränderungen sichtbar zu machen. Dieser Prozess sieht an jeder Schule anders aus. Er muss daher mit allen Gruppen der Schule gemeinsam gestaltet werden. In den vergangenen Jahren sind hierzu in den Bundesländern zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden, es gilt diese weiter zu verbessern.

Alle Akteure in der Bildung wollen eine gute, demokratische Schule. Eine gute Schule findet ihren individuellen Weg aber erst, wenn die Schulentwicklung auf der Grundlage einer zielgenauen Evaluation durchgeführt wird. Hier sind insbesondere auch die Veränderungen der Schulen im Zuge der Inklusion zu beachten.

Darüber hinaus können regelmäßige Schulentwicklungsberichte den Schulgemeinschaften die Motivation geben, den Weg für weitere Verbesserungen zu beschreiten. Dabei muss sichergestellt sein, dass auch die benötigten Ressourcen und die notwendige Unterstützung bereitgestellt werden!

Die Beteiligung der gesamten Schulgemeinschaft ist wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses. Die Partizipation muss selbst Gegenstand der Evaluation und ein entscheidendes Qualitätskriterium einer Schule sein. Wir stellen fest, dass die Beteiligung von Eltern und SchülerInnen in den 16 Bundesländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird, dies gilt insbesondere für die Schulentwicklung.

Der Bundeselternrat fordert:

- Schulentwicklungskonzepte, die auf den individuellen Schulprogrammen basieren und regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben werden.
- Evaluationen, die mit der Schulgemeinschaft auf Augenhöhe entwickelt und umgesetzt werden und alle Gruppen evaluieren, bis hin zur Schulaufsicht.
- Eltern und SchülerInnen an Evaluationsteams teilnehmen zu lassen und entsprechend zu qualifizieren.
- Schulentwicklungsberichte, welche die Stärken der Schule hervorheben und Wege aufzeigen, den Schwächen gemeinsam zu begegnen.
- von der Schulverwaltung, auf Schulentwicklungsberichte mit passenden Zielvereinbarungen, Maßnahmen und Ressourcen zu reagieren und dies der Schulgemeinschaft gegenüber transparent und verständlich darzustellen.
- die gesetzliche Verankerung der Beteiligung von Eltern und SchülerInnen auf allen Ebenen der Schulentwicklung.
- ein Mitbestimmungsrecht der Eltern- und SchülerInnenvertretungen an der Erstellung und Änderung von Vorschriften und Verordnungen, sowie eine aktive Beteiligung am Schulgesetzgebungsprozess.

Evaluation auf der Grundlage der demokratischen Partizipation bietet die reelle Chance, Schulqualität nachhaltig zu verbessern. Für eine hohe Motivation der gesamten Schulgemeinschaft müssen positive Veränderungen sichtbar gemacht werden.

Potsdam, 21. Juni 2015

Bundeselternrat

Herbstplenarkongress

Potsdam, 20.-22.11.2015

Thema: INKLUSION - Aspekte gelingender Inklusion

Freitag, 20.11.2015

- 16:00-16:15 Uhr Begrüßung, Regularien
- 16:15-17:30 Uhr Die fünf Mythen der Inklusionsgegner
Dr. Karl-Heinz Imhäuser, Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft
- 17:45-19:00 Uhr Inklusion—Daten und Fakten—Ergebnisse der aktuellen Studie
Dr. Nicole Hollenbach-Biele, Bertelsmann Stiftung
- 20:15-22:00 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- parallel Strategiesitzung BER-Vorstand mit Bertelsmann Stiftung,
Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, Aktion Mensch

Samstag, 21.11.2015

- 09:00-09:05 Uhr Tagesinformationen
- 09:05-10:30 Uhr Grund- und Mittelschule Thalmässing, Bayern
*Prof. em. Dr. Jutta Schöler (Berlin), Ottmar Misoph (Schulleitung)
Elke Moder (Lehrerin)*
- 10:45-12:15 Uhr Unterstützungsangebote für die Schule—Aktion Mensch
Alexander Westheide (Aktion Mensch)
- 12:15-12:30 Uhr Kongressfoto
- 14:00-16:00 Uhr Podiumsdiskussion zum Stand der Umsetzung der Inklusion
Moderation: *Michael Töpler (BER)*
*Dr. Peter Wachtel (Vorstand VDS e.V.), Reinhard Fricke (VDS e.V.
Niedersachsen), Ottmar Misoph (Schulleitung GSM Thalmässing,
Bayern), Alexander Westheide (Aktion Mensch), Grudrun Wolters-
Vogeler (ASD) und Wolfgang Pabel (BER)*
- 16:30-18:00 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
parallel Strategiesitzung Kooperationspartner zum Thema Schulgebäude
- 17:30-18:00 Uhr Redaktionskonferenz Teil I
- 19:30-20:30 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 21:00-22:00 Uhr Feierliche Verabschiedung von ausscheidenden Delegierten

Sonntag, 22.11.2015

- 08:30-09:30 Uhr Redaktionskonferenz Teil II
- 09:00-10:45 Uhr Sitzung der Fachausschüsse
- 10:00-11:00 Uhr Redaktionskonferenz Teil III
- 11:15-11:45 Uhr Abstimmung der Resolution
- 11:45-12:00 Uhr Informationen zur weiteren Arbeit / Ausblick
- 12:00 Uhr Ende des Kongresses

Resolution

Inklusion - Aspekte gelingender Inklusion

„Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte fordert, dass Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein muss. Eines der wichtigsten Ziele der UNESCO ist, dass alle Menschen weltweit Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung erhalten und ihre Potenziale entfalten können. Dieser menschenrechtliche Anspruch ist universal und gilt unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen, Behinderung oder besonderen Lernbedürfnissen.“

(Verabschiedet auf dem Gipfel "Inklusion – Die Zukunft der Bildung" der Deutschen UNESCO-Kommission März 2014.)

Durch die Verpflichtung zur Inklusion im Bildungssystem wird der gesamtgesellschaftliche Prozess der gleichberechtigten Teilhabe enorm befördert. Inklusion ist in allen Schulformen möglich und durch praktische Erfahrungen werden Schranken in den Köpfen abgebaut. Da jedes Kind individuell nach seinen Bedürfnissen bestmöglich zu fördern ist, sind alle Kinder Inklusionskinder. Die Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft wird nie abgeschlossen sein, alle profitieren davon. Im gemeinsamen Unterricht werden Kinder selbst Teil der gegenseitigen Unterstützung. Unser Bildungssystem ist grundsätzlich in der Lage, diese Herausforderung anzunehmen. Um diese zu meistern ist die Unterstützung und Haltung der Pädagogen und Eltern im notwendigen Wandlungsprozess von entscheidender Bedeutung. Aus der inklusiven Vielfalt an den Bildungseinrichtungen erwächst eine immer stärkere Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft.

Der Bundeselternrat fordert:

- Inklusion an allen Schulen und Schulformen.
- Die Umsetzung der Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt.
- Die Veränderung der Rahmenbedingungen in allen Bundesländern, so dass spätestens in 10 Jahren ein gemeinsamer hoher Standard in jeder Kommune und jeder Bildungseinrichtung gilt.
- Dass die Kompetenzen für inklusiven Unterricht in der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Beschäftigten und Führungskräfte für alle Schulformen einen verpflichtenden Anteil haben.
- Die Chance auf inklusiven Unterricht für jedes Kind unabhängig vom Engagement und den Möglichkeiten der Eltern.
- Übergänge zu sichern und zu verbessern. Inklusion muss die gesamte Bildungskette umfassen und darf nicht am Übergang in das Berufsleben enden. Präventive Maßnahmen von Beginn an erleichtern das lebenslange inklusive Lernen.
- Förderung durch multiprofessionelle Teams in lernfördernden Umgebungen gemeinschaftlich für alle Kinder und Jugendlichen.
- Bestehende Vorbehalte und Probleme ernst zu nehmen und aufzulösen durch Kommunikation, Handeln und durch Begegnungen zwischen Menschen in all ihrer Vielfalt.
- Dass Eltern durch unabhängige, barrierefreie und individuelle Beratungsangebote in die Lage versetzt werden, den passenden Lernort für ihr Kind zu wählen.
- Dass die Umsetzung der Inklusion regelmäßig evaluiert wird. Dafür benötigen wir eine bundesweit einheitliche Definition von Inklusion, sowie Standards der Datenerfassung und einheitliche Indikatoren.

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention wurde ein normativer Rahmen geschaffen, der ein Meilenstein für Deutschland ist. Seither hat sich in Deutschland viel getan auf dem Weg zur Inklusion. Dies sind aber nur erste Schritte, die konsequent weiter verfolgt werden müssen. Der Bundeselternrat wird sich auch in Zukunft aktiv und konstruktiv an diesem wichtigen Prozess beteiligen.

Potsdam, 22. November 2015

Vorstand

Aktivitäten

Dem Vorstand des Bundeselternrats obliegt die interne Organisation und Durchführung der Delegiertenversammlungen und die Vorbereitung der inhaltlichen Ausgestaltung der Kongresse des Bundeselternrats. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Vorstandes, die Dachorganisation nach außen zu vertreten. 2015 wurden folgende Themenschwerpunkte behandelt:

Professionalisierung

Um die Arbeit des Bundeselternrats weiter zu professionalisieren und eine verlässliche Mitwirkung der Mitglieder im Bundeselternrat zu gewährleisten, hat sich der Vorstand die Verbesserung der internen Strukturen und Arbeitsweise des eigenen Gremiums vorgenommen. Die Einführung der Arbeitsplattform SharePoint ermöglicht es den Delegierten, auch außerhalb der Delegiertenversammlungen thematisch zu arbeiten und sich auszutauschen. Ein wichtiger Baustein ist die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle. Hier hat der Vorstand für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Geschäftsstelle gesorgt und einen Geschäftsführer eingestellt, der insbesondere die administrativen Aufgaben koordiniert.

Pressearbeit

Mit der Einführung der Funktion des Pressesprechers gibt es nun mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Pabel einen Ansprechpartner für alle Fragen der Pressearbeit. Eine dieser Anfragen hat schließlich zum direkten Einfluss auf ein Bundesgesetzgebungsverfahren und damit auch zu dem Bericht in der Tagesschau zum Thema E-Shishas geführt. Darüber hinaus war der Vorstand in verschiedenen Radiointerviews zu den Themen Schulsozialarbeit und Lehrermangel zu hören. In den Printmedien war der Bundeselternrat mit verschiedenen Artikeln (Schulverwaltung spezial: „Partizipation und Qualitätsentwicklung von Schule“; zwd-Politikmagazin Nr. 327: „Eine Schule für alle oder Beibehaltung von Regel- und Förderschule“), sowie zahlreichen Zitaten nach Interviews vertreten.

Öffentlichkeitsarbeit und didacta

Das Corporate-Design des Bundeselternrats wurde mit der Überarbeitung der Internetseite und der Geschäftsformulare aktualisiert und teilweise neu gestaltet. Mit der Einführung des sogenannten Infobriefs möchte der Bundeselternrat seinen Mitgliedern und über diese allen Eltern Hintergrundinformationen und Standpunkte zu aktuellen Einzelthemen (2015: Gesundheitsgefährdung durch E-Shishas, Klassenfahrten) an die Hand geben. Für den Auftritt des Bundeselternrats auf der didacta 2015 in Hannover wurden mit dem Tätigkeitsbericht Materialien neu erstellt. Darüber hinaus hat der Vorstand die Planung und Durchführung der didacta in die Hand genommen und in diesem Kontext zahlreiche Kontakte geknüpft und gepflegt.

Vernetzung

Netzwerkarbeit und die Kooperation mit Akteuren im Bildungswesen ist eine Grundvoraussetzung für die inhaltliche Arbeit und die Vorbereitung qualitativ guter Kongresse. Die Teilnahme des Vorstandes am Schulleitersymposium von Prof. Dr. Stephan Huber in Zug/Schweiz hat wichtige Impulse für die Themen und die Kongressorganisation im Jahr 2017 mit dem Jahresthema „Bildung in Europa“ gegeben. Der Kontakt zur Bertelsmann Stiftung, der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und zu Aktion Mensch als Folge der Netzwerkarbeit hat maßgeblich zur inhaltlichen Ausgestaltung des Herbstplenarkongresses 2015 zum Thema Inklusion beitragen. Weitere Kooperationsmöglichkeiten werden als Folge dieser Kontakte zurzeit erörtert.

Vorstand

Aktivitäten

Kooperationspartner

Der Vorstand pflegt in bildungsrelevanten Themen den regelmäßigen Austausch mit dem Grundschulverband e.V. (GSV), dem Allgemeinen Schulleiterverband Deutschlands e.V. (ASD), der Konferenz der Schulaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (KSD) und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Darüber hinaus hat der Vorstand die Zusammenarbeit mit der Bundesschülerkonferenz intensiviert. Im kommenden Jahr stehen für den Bundeselternrat und seine Kooperationspartner die Themen Schulbauten und die Beschulung von Flüchtlingskindern auf der gemeinsamen Agenda.

Im Rahmen der Kooperation mit der DGUV wirkt der Bundeselternrat an der „Branchenregel Schule“ mit, begleitet eine Studie zum Unfallgeschehen an deutschen Schulen und wird auf dem kommenden Kongress zur „Guten gesunden Schulentwicklung“ mit einem Workshop vertreten sein.

Parallelbericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Der Bundeselternrat war als Mitglied der BRK-Allianz an der Erstellung des Parallelberichts zum Staatenbericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligt. Mit der Vorlage des aktuellen Staatenberichtes der Bundesrepublik Deutschland ist diese Arbeit beendet. Die Arbeitsgruppe Bildung der BRK-Allianz strebt aber auf Initiative des Bundeselternrats eine Fortsetzung des Monitorings für den Bereich Bildung an. Hierzu finden derzeit Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern statt.

Bundesteilhabegesetz

Im Rahmen der Jurysitzung des Jakob-Muth-Preises hat der Vorstand Kontakt zur Bundesbehindertenbeauftragten, Frau Bentele, aufgenommen. Für die weitere Arbeit am Bundesteilhabegesetz wünscht sie sich die Unterstützung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, auch vom Bundeselternrat. Die Berücksichtigung der Interessen von Kinder und Jugendlichen mit Handicap vor allem im Bereich der Bildung und dem Übergang von der Schule in den Beruf steht dabei im Fokus.

Schulsozialarbeit / Schulpsychologie

Durch die intensive Beschäftigung mit dem Thema Schulsozialarbeit, angeschoben durch die Arbeitsgruppe Unterstützungssysteme des Bundeselternrats und die Pressemitteilung des Vorstandes vom 20.01.2015 - „Ein gutes Bundesteilhabegesetz jetzt!“, wurde der Bundeselternrat als Referent zum Fachkongress des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit eingeladen. Hier konnte die enorme Bedeutung der Eltern für den Bildungserfolg verdeutlicht werden.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Das von der UN verabschiedete Weltaktionsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung mit dem Schwerpunkt Bildung soll in Deutschland von der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden, die beim BMBF angesiedelt ist. Der Bundeselternrat ist hier auf der Ebene der Planung und der Gestaltung beteiligt. Bis 2017 soll ein Aktionsplan entwickelt werden, der dann bis 2019 umgesetzt wird.

UBSKM

Der Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung zu Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Herr Rörig, erarbeitet mit seinem Stab und dem Beirat, in dem der Bundeselternrat Mitglied ist, Schutzkonzepte für Schulen. Die neue Kampagne wird ab Sommer 2016 an allen Schulen in Deutschland gestartet. Der Bundeselternrat und die Landeselternvertretungen sind hier zur Mitarbeit eingeladen.

Vorstand

Pressearbeit

Wie im Tätigkeitsbericht für das Jahr 2014 und dem Ausblick auf das Jahr 2015 angekündigt, haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeitsarbeit des Bundeselternrats weiter zu entwickeln. Zwei Ebenen wurden hier angegangen: Der öffentliche Auftritt in den Medien und die Corporate Identity.

Um die Arbeit mit den Print-Medien, dem Rundfunk und dem Fernsehen besser zu koordinieren, hat der Vorstand des Bundeselternrats im Jahr 2015 die Funktion eines Pressesprechers eingeführt. Er ist der Ansprechpartner für alle Presseanfragen. Ihm kommt es zu, diese Anfragen zu bündeln und in Abstimmung mit dem Vorstand in einem abgestimmten Zeitfenster eine mögliche Antwort zu erarbeiten. In der Folge wird möglichst kurzfristig auf jede Anfrage geantwortet.

Der Bundeselternrat wurde im letzten Jahr von relevanten Nachrichtensendungen deutscher Fernsehsender (ARD, ZDF, SAT/RTL/ProSieben, Phönix) zu vielfältigen Themen angefragt. Beispielhaft für die neue Pressearbeit soll hierbei der Einsatz des Bundeselternrats für ein Verbot von E-Shishas und E-Zigaretten für Minderjährige im Rahmen des Jugendschutzgesetzes genannt werden.

Am 11.02.2015 fand in Berlin auf Initiative des Aktionsbündnisses Nichtrauchen (ABNR) und ihren Mitorganisationen Deutsche Krebshilfe und Deutsches Krebsforschungszentrum sowie dem Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte und dem Bundeselternrat eine Bundespressekonferenz statt. Als Unterstützung erschien am gleichen Tag die Pressemitteilung des Bundeselternrats: „Kinder und Jugendliche sind vor E-Shishas und E-Zigaretten zu schützen!“. Diese Pressemitteilung hat in der Folge eine erhebliche mediale Aufmerksamkeit erzeugt. So wurde diese Pressemitteilung allein auf dem Portal „Bildungsklick“ über mehrere Wochen am dritthäufigsten aufgerufen. Am 23.04.2015 ist die Bundesfamilienministerin Schwesig dem Aufruf zum Verbot von E-Shishas und E-Zigaretten gefolgt. Am gleichen Tag wurde der Pressesprecher des Bundeselternrats von der Tagesschau angefragt, eine Stellungnahme in den Hauptnachrichten der ARD zu dem Erfolg des Bundeselternrats abzugeben. Dieses Interview wurde in der Tagesschau um 20 Uhr gesendet. Das Verbot wurde mittlerweile von der Bundesregierung verabschiedet und findet Eingang in das Jugendschutzgesetz.

Gezielte Pressemitteilungen zu besonderen Themen in Abstimmung mit unseren Partnern und im regelmäßigen Anschluss an die Kongresse des Bundeselternrats sind ein besonderer Schwerpunkt der Pressearbeit. So wurden mit den Themen

- „Schulsozialarbeit“,
- „ein gutes Bundesteilhabegesetz“,
- „Schulwahl-Berufsorientierung-Beruf“ und
- der Umsetzung der Inklusion

weitere wichtige aktuelle Themen des Bundeselternrats kommuniziert.

Im Ergebnis ist mittlerweile ein intensiver Dialog mit unseren Kooperationspartnern, dem Schulausschuss der KMK und einigen Landesministerien entstanden. Diese Arbeit soll im nächsten Jahr vertieft und weitergeführt werden.

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie auf der Webseite des Bundeselternrats (www.bundeselternrat.de).

Didacta 2015

Auch 2015 konnte sich der Bundeselternrat mit seinen Mitgliedern auf Einladung des Verbands für Bildungsmedien mit einem eigenen Stand präsentieren.



Der gesamte Vorstand war während der didacta anwesend und hat die Organisation federführend übernommen.

Eine große Unterstützung in der Standbetreuung waren die Mitglieder des Landeselternbeirats Niedersachsen und Elternvertreter aus Nordrhein-Westfalen.

Anlässlich der didacta 2015 wurde erstmals ein Tätigkeitsbericht erstellt. Auch wurden Präsentationsmaterialien im einheitlichen Design erstellt. Ebenfalls neu eingeführt wurde der didacta-blog für die Mitglieder und Delegierten des Bundeselternrats, in welchem über die Ereignisse aktuell berichtet werden konnte.



Unsere und die Materialien der Mitglieder fanden guten Anklang bei Eltern, Lehrern, Besuchern und Ausstellern.

Sowohl an unserem Stand als auch bei den Messerundgängen konnten zahlrei-

che Gespräche zur Elternmitwirkung und Partizipation geführt werden, deren Ergebnisse in den Planungen der Kongresse für 2016 ihre Verwendung fanden.



Die Mitglieder des Vorstandes gaben Interviews und waren gefragte Partner bei mehreren Podiumsdiskussionen.



Auch Vertreter der Landeselternvertretungen besuchten den Stand.



Frau Ministerin Heiligenstadt besuchte den Stand, ebenso wie Frau Ministerin Löhrmann.

An dieser Stelle dankt der Vorstand allen Beteiligten und besonders dem Verband für Bildungsmedien für die Unterstützung!

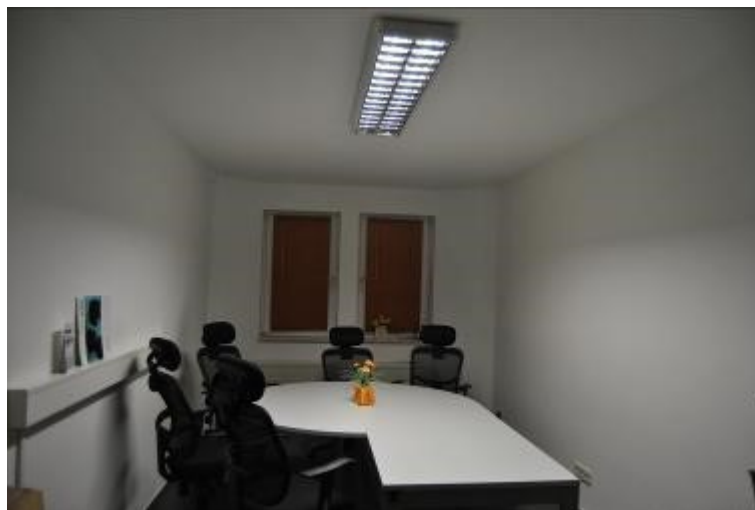
Geschäftsstelle

Um die bereits sehr gute Arbeit der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des Bundeselternrats weiter zu stärken und zu professionalisieren, aber auch die Arbeit und Vorhaben des Vorstandes des Bundeselternrats zu unterstützen, wurde im Juni 2015 die Stelle eines Geschäftsführers geschaffen. Diese Funktion wird aktuell durch Dr. Chris Benner ausgefüllt.

Zur Verbesserung der grundlegenden Arbeitsbedingungen wurden im Jahr 2015 in neue Arbeitsplatzrechner und Funkmäuse investiert und eine wesentlich schnellere Internetanbindung für die Geschäftsstelle geschaffen. Im Zuge der Umstellung der Internetanbindung wurden die vorhandene Telefonanlage auf den aktuellen technischen Standard IP-Telefonie aktualisiert und die Telefone erneuert. Die anstehende Aktualisierung der Antivirensoftware wurde vom Geschäftsführer durch Sach-Sponsoring der entsprechenden Lizenzen ermöglicht. Das elektronische Ablagesystem wurde reorganisiert, neu strukturiert und für ausgehende Dokumente ist die Vergabe von Aktenzeichen eingeführt worden.

2015 wurde durch den Geschäftsführer und das Vorstandsmitglied für Finanzen die Geschäftsstelle in Eigenleistung renoviert. Im Zuge dieser Renovierung sind die Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen gemäß Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) unter anderem mit Bildschirmarbeitsplatzleuchten ausgestattet worden. Eine weitere Verbesserung des Arbeitsumfeldes konnte durch umfangreiche Entsorgung veralteter Unterlagen und Materialien erreicht werden.

Als Sachmittel wurden durch den Geschäftsführer sechs Bürostühle gesponsert, so dass die defekten Stühle ausgesondert werden konnten.



Die Buchhaltung ist ein weiteres wichtiges Werkzeug, welches für das Vorstandsmitglied für Finanzen die Grundlage für dessen Arbeit darstellt. Die Erneuerung der eingesetzten Software auf einen aktuellen Standard erleichtert die ordnungsgemäße Buchführung und Auswertung und ermöglicht es dem Vorstandsmitglied für Finanzen jederzeit Einblick in die Buchhaltung zu nehmen und eigene Auswertungen zu erstellen. Ebenfalls aktualisiert wurde das eingesetzte Programm zur Verwaltung der Kontenführungsangelegenheiten.

Geschäftsstelle

Zu den weiteren Aufgaben des Geschäftsführers gehört unter anderem die Personalführung. So wurden Mitarbeitergespräche geführt und die Prüfung, Anpassung und Erweiterung der vorhandenen Arbeitsverträge mit den Mitarbeiterinnen vorgenommen.

Zur Unterstützung des Vorstands wurde die Zusammenführung und Verschriftlichung der Reisekostenverordnung, der Vertrag für Nutzungsrechte von Bildaufnahmen, die Betriebsvereinbarung für die Mail- und Internetnutzung, die Vereinbarung zur Nutzung von SharePoint - der gemeinsamen Arbeitsplattform der Delegierten - sowie der Bundeselternrat-Mailadressen erarbeitet.

Die Geschäftsstelle unterstützt mit ihren Mitarbeiterinnen und dem Geschäftsführer die Arbeit des Bundeselternrats durch Protokollführung der Hauptausschusssitzungen, Sitzungen mit den Kooperationspartnern, sowie Sitzungen des Vorstandes, so dass dieser sich ausschließlich auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren und fokussieren kann.

Des Weiteren gehören hierzu die Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln und die Unterstützung bei der Kongressadministration.

Im letzten Jahr wurde auch die Zeichnungsberechtigung bei der Hausbank aktualisiert. Außerdem konnte die Einführung von Bundeselternrat-Kreditkarten mit der Hausbank vereinbart werden. Eine entsprechende Richtlinie zum Umgang und zur Nutzung der Bundeselternrats-Kreditkarten für den Vorstand und die Geschäftsstelle wurde erarbeitet und unterzeichnet.

Auch wurden die Verträge zu notwendigen Versicherungen geprüft, aktualisiert und angepasst.

Zur Unterstützung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem professionellen Erscheinungsbild des Bundeselternrats wurden Präsentationsmaterialien neu entwickelt. So wurden zum Beispiel Präsentationsmappen, Notizblöcke, Briefpapier und Visitenkarten im Corporate Design des Bundeselternrats und Tassen mit Aufdruck „Bundeselternrat - gemeinsam für beste Bildung“ angeschafft.

Ebenfalls erneuert wurde der Internetauftritt, der seit Januar 2015 online ist. Dieser wurde unterjährig weiter vervollständigt und erweitert. Die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle wurden entsprechend geschult.

Aus Sicht des Vorstands sind die hervorragende Expertise und langjährig gewachsenen Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und des Geschäftsführers besonders wertvoll. Er kann jederzeit darauf zurückgreifen und sich somit der wichtigen, inhaltlichen Arbeit für den Bundeselternrat im Sinne der Eltern widmen. Dafür möchte sich der Vorstand sehr herzlich bedanken.

Tätigkeitsberichte

Fachausschuss

Fachausschuss Grundschulen und frühkindliche Bildung:

Die Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Arbeit in der Grundschule vom 15.06.2015 wurde als zentrales Thema im Ausschuss thematisiert. Zudem wurde auch das in fast allen Ländern entwickelte Kinderförderungsgesetz und dessen Konzeption für 0 bis 10 Jährige besprochen.

Unter dem Jahresthema „Bildungsrepublik Deutschland“ kamen immer wiederkehrende Punkte und neue Ansätze zur Sprache:

Übergänge sind immer noch mit Brüchen und Fehlentscheidungen verbunden. Die Anknüpfung an gelernte Inhalte und Methoden gelingt nicht immer, dem Anspruch der Inklusion nach individueller Förderung aller Kinder wird häufig noch nicht genügt, gute Kommunikationswege zwischen allen Akteuren sind nicht überall etabliert.

Thema Schulbau und Schulschließung:

Es gibt große Differenzen zwischen den wachsenden Großstädten und den mehr und mehr sinkenden Schülerzahlen in den Flächenländern. Großstädte müssen sich mit Fragen des Schulbaues und notwendigen Sanierungsmaßnahmen befassen, viele Flächenländer kämpfen um den Erhalt kleiner Grundschulen in der Fläche. Mit den steigenden Flüchtlingszahlen und den damit zu beschulenden Kindern ergibt sich für die Bildungspolitik und für alle Akteure (Lehrer, Eltern, Schüler, Verwaltung usw.) vor Ort eine neue zu bewältigende Herausforderung. Nicht nur um Kinder bestmöglich und erfolgreich integrativ zu beschulen, sondern auch um diesen Flüchtlingen eine reale Chance zu geben: anzukommen, sich zu integrieren und ihren Platz in Deutschland zu finden (in der Ausbildung, im Berufsleben und im Privatleben). Hier muss der aktuelle Mangel an Lehrkräften für Deutsch als Fremdsprache dringend beseitigt werden.

Darüber hinaus hat sich der Grundschulausschuss mit der ganztägigen Erziehungs- und Bildungseinrichtung, also mit Ganztagschulen und Hortstrukturen befasst. Dabei geht es uns auch immer um eine gesunde Schule, insbesondere die vollwertige und gesunde Mittagsverpflegung.



Tätigkeitsberichte

Fachausschuss

Fachausschuss Sonderschulen:

Der Sonderschulausschuss hat sich im Jahre 2015 schwerpunktmäßig mit den Themen der Inklusion und der inklusiven Beschulung befasst. Grundlegend wurde diskutiert, wie die Inklusion im Schulsystem umgesetzt werden kann. Eine inklusive Beschulung muss so ausgerichtet sein, dass der Ort der Beschulung an die Bedürfnisse der zu Beschulenden angepasst werden muss und nicht das Kind an die Schule.

Ein weiteres großes Thema im letzten Halbjahr war die steigende Zahl der Flüchtlinge und die damit verbundenen Aufgaben der Schulen, um alle zugeteilten Kinder entsprechend beschulen zu können. Hier wurden die Themen der Lehrerfortbildung und die benötigte Einstellung neuer Lehrer für die Unterrichtsversorgung und die Sprachförderung „Deutsch als Fremdsprache“ thematisiert. Es muss alles dafür getan werden, dass diese Kinder zukünftig Perspektiven erhalten, hier in Deutschland ausgebildet und beschäftigt zu werden.

Fachausschuss Berufsbildende Schulen:

Die Delegierten des Ausschusses beschäftigten sich im Jahr 2015 mit den Themen Schulqualität und Mitbestimmung der Eltern und Jugendlichen im Schulsystem, Bildungswahlentscheidungen bei den Übergängen und der Partizipation der Eltern daran, sowie Inklusion von SchülerInnen mit Handicap.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss BBS mit Fragen der Elternmitsprache bei volljährigen SchülerInnen, der Evaluierung von Überbrückungsmaßnahmen sowie der Herausforderung, Jugendliche mit Migrationshintergrund zum Berufsabschluss zu führen. Besonders der letztgenannte Punkt wurde aus aktuellem Anlass intensiv diskutiert.

Mit Blick auf den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen kommt dem System der Berufsbildenden Schulen eine zentrale Bedeutung in der notwendigen Qualifikation zu. Dabei kommen Fragen der Schließung von Berufsschulen bei nun veränderter Bedarfslage und der Schülerbeförderung wieder auf die Tagesordnung.

Fachausschusses Gesamtschulen

Der Ausschuss arbeitet an einer Darstellung der verschiedenen Ausgestaltungen der Schulform „Gesamtschule“, die in den Bundesländern unterschiedliche Eingangsalter, Differenzierungsvoraussetzungen und -umsetzungen, Anschlussmöglichkeiten usw. aufweist. Aufgrund der Komplexität des Themas nimmt diese Arbeit noch einige Zeit in Anspruch, insbesondere die Wahl einer übersichtlichen Darstellungsform steht an.

In den Ausschusssitzungen stand vor allem der Austausch zwischen den Delegierten im Vordergrund. Gerade dieser wird als sehr fruchtbar und für die Arbeit im eigenen Land als förderlich empfunden. Gelungene Beispiele werden hier vorgestellt und so Anregungen für die Arbeit vor Ort gegeben. Dieses Wissen ist für die Argumentation auf Landesebene hilfreich, da konkrete Programme oder Schulen benannt werden können, die bereits erfolgreich arbeiten.

Tätigkeitsberichte

Fachausschuss

Fachausschuss Hauptschulen:

Im Hauptschulausschuss ging es auf dem Kongress im Juni um die Partizipationsmöglichkeiten der Eltern in Bezug auf Schule und Bildung ihrer Kinder. Während dieses Plenarkongresses wurde auch über die Möglichkeiten der Berufsorientierung in den einzelnen Bundesländern gesprochen. Abschließend wurde der kommende Fachkongress vorbereitet, wobei die Themen „gute Schule“, Schulabstizienz und Schulpsychologie im Fokus der Debatte standen.

Der Fachkongress im September 2015 stand unter dem Thema „Übergänge im Bildungssystem und Partizipation der Eltern“. Für den Hauptschulausschuss waren insbesondere die Themen Berufsorientierung und Übergänge von der Schule in die Berufswelt zentrale Aspekte. Gemeinsam mit dem Ausschuss berufsbildende Schule wurde ein Antrag für den Hauptausschuss vorbereitet, der die Erweiterung der Elternmitwirkung über die Schule hinaus zum Thema hatte.

Der Herbstplenarkongress des Jahres 2015 hatte das Thema „Inklusion“. Dieses wurde im Hauptschulausschuss rege diskutiert, auch hier wieder mit dem Augenmerk des lebenslangen inklusiven Lernens, d.h. Inklusion auch in die berufliche Ausbildung hinein.

Neben den Kongressthemen wurde im Hauptschulausschuss Wert auf die weitere Arbeit am Thema „schulunterstützende Systeme“ gelegt. Neben Schulsozialarbeit, Schulpsychologie geht es dabei natürlich auch um die Frage der Eingliederungshilfe (Schulbegleiter) und multiprofessioneller Teams in Schulen. Auch im Jahr 2016 werden wir dieses Thema weiter verfolgen.

Fachausschuss Gymnasien:

Das Hauptthema des Fachausschusses in den letzten 2 Jahren war die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema G8 bzw. G9. Einen großen Anteil der Arbeit hat der Meinungs austausch über die zwei unterschiedlichen Systeme eingenommen.

Eine gute allgemeine Hochschulreife lässt sich sowohl in acht als auch in neun Jahren erwerben. Die Mitglieder des Ausschusses Gymnasium sind dafür, dass es für jedes einzelne Kind die Möglichkeit geben sollte, den Abschluss nach seinen Möglichkeiten erreichen zu können. Die Vergleichbarkeit der Abschlüsse in acht oder neun Jahren ist durch das Zentralabitur und die KMK Vereinbarung gewährleistet.

Die verbliebene Zeit im Rahmen der Kongresse hat der Ausschuss für eine Vielfalt weiterer Themen genutzt und festgestellt, wie wichtig dieser direkte Austausch zwischen den Mitgliedern der einzelnen Bundesländer ist. Ein wesentlicher Punkt ist dabei die Klärung von Begriffen, wie z. B. die „Oberstufe“, die in vielen Bundesländern unterschiedliche Klassenstufen betrifft.

Aber auch andere Themen wie die Schülerbeförderung für die Sekundarstufe II, Kosten für Lehr- und Lernmittel, Essensversorgung, Schulgesetzüberarbeitung, Inklusionsumsetzung in Gymnasien und vor allem auch Elternmitwirkung auf ganz verschiedenen Ebenen wurden im Ausschuss diskutiert. Pädagogische Themen wie Benotung, Oberstufenreformen und vergleichbares Abitur, individualisiertes Lernen und Schulabbrecherquoten spielten in den Ausschusssitzungen ebenfalls eine große Rolle.

Tätigkeitsberichte

Fachausschuss

Fachausschuss Realschulen:

Unter dem Jahresmotto 2015 „Bildungsrepublik Deutschland“ wurden die Plenar- und Fachkongresse mit verschiedenen Unterthemen aus den Bereichen Partizipation und Elternmitwirkung, Schulleitung und Schulentwicklung, Schulqualität, Übergänge im Bildungssystem und der Umsetzung der Inklusion behandelt.

Eine zentrale Aufgabe der Ausschusssitzungen war es, mit einem Meinungsaustausch die Thematik aus Sicht der Ausschussmitglieder konkreter zu fassen; die Ist-Zustände zu reflektieren und Ziele zu formulieren und so mit Beiträgen die jeweilige Resolution des Bundeselternrats mitzugestalten.

Hauptthemen in 2015 waren die Weiterentwicklung der Realschulen (bzw. aller Schularten), die Durchlässigkeit zwischen den Schularten, das Thema der Schullaufbahnpflicht, der Übergang von der Schule in den Beruf, die Vergleichbarkeit von Prüfungen und Bildungsabschlüssen, Unterricht (Krankheitsvertretung, Vertretung, Verlässlichkeit), die Inklusion als Partizipation in der Schule und die Ganztagschule.

Besonders bei der Umsetzung der Inklusion wurden die unterschiedlichen Stände in den Bundesländern thematisiert, hier besteht großer Entwicklungsbedarf, damit Inklusion flächendeckend erfolgreich ist.



Ausblick 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Auch das Jahr 2016 steht für den Bundeselternrat immer noch unter dem Jahresthema Bildungsrepublik Deutschland, nun folgt Teil II: Welche Bildung braucht unsere Gesellschaft? Folgenden Fragestellungen gehen wir 2016 nach:

- **Allgemeine Bildung und Berufsorientierung – ein Gegensatz?**
Welche Art der Bildung brauchen junge Menschen und wie kann das humanistische Bildungsideal auf die heutige Zeit übertragen werden?
- **Selbstbestimmtes Leben als Ziel von Bildung – Was müssen Kinder lernen?**
Wie vermittelt die Schule praktische Fähigkeiten der Lebensführung und welche Aufgaben gehören überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Schule, welche in die Verantwortung der Eltern?
- **Wie wird in Zukunft unser Bildungssystem finanziert?**
Wie kann man die Finanzzuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommune unter Berücksichtigung der pädagogischen Erfordernisse gemeinsam weiterentwickeln?
- **Was folgt aus Leistungsmessungen und Vergleichen?**
Welche Schwerpunkte soll die Bildungsforschung in den kommenden Jahren haben und welche methodischen Instrumente müssen entwickelt werden, um die Ergebnisse für die Eltern und auch für Schulentwicklung nutzbar zu machen?
- **Neue Formen des Lernens: Lernen in der digitalen Welt**
Welche neuen Lernformen müssen unter dem Aspekt des gesellschaftlichen und des technischen Fortschrittes entwickelt und eingeführt werden?

Neben diesen selbstgewählten Themen engagiert sich der Bundeselternrat langfristig als Mitglied in zahlreichen Foren und Arbeitsgruppen auf Bundesebene.

So ist er Mitglied in der Nationalen Plattform „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE), die vom BMBF eingerichtet wurde. Hier werden konkrete Pläne für die Umsetzung des Weltaktionsplanes der UNESCO zur Bildung für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und die Umsetzung in Deutschland erörtert. In den Fachforen für Schule und für berufliche Bildung wird sich der Bundeselternrat auch auf Arbeitsebene beteiligen. Der gesamte Prozess wird bis 2019 abgeschlossen sein. Wir freuen uns sehr über die Möglichkeit, hier mitzuwirken und die Interessen von Eltern und deren Kindern an öffentlichen Schulen in Deutschland vertreten zu können.

Daneben ist der Bundeselternrat auch selber Initiator von Kooperationen und Arbeitsgruppen zum Thema Bildung und deren Umsetzung im Schulalltag sowie in einer Vielzahl von weiteren Kooperationsverbänden und Beiräten engagiert.

Hier möchten wir im Jahr 2016 vor allem die Themen „Umsetzung der Inklusion“, die Weiterentwicklung des Schulbaus unter der anstehenden Schulbausanierung und die Bewältigung der Herausforderungen durch das erhöhte Aufkommen an geflüchteten Schülerinnen und Schülern in unseren Schulen thematisieren.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit allen Partnern und erwarten mit großer Spannung die gemeinsamen Arbeitsschritte und deren Ergebnisse im nächsten Jahr.

Termine 2016

Fachkongress 01/2016

Allgemeine Bildung und Berufsorientierung—ein Gegensatz?
Ausschüsse Gesamtschule und Hauptschule
Potsdam, 22.-24.01.2016

Didakta 2016

Köln, 16.-20. Februar 2016

Hauptausschusssitzung

Potsdam, 15.-16.04.2016

Fachkongress 02/2016

Selbstbestimmtes Leben als Ziel von Bildung - Was müssen Kinder heute lernen?
Ausschüsse Realschule und Sonderschule
Potsdam, 22.-24.04.2016

Frühjahrsplenarkongress 2016

Wie wird das Bildungssystem finanziert?
Potsdam, 03.-05.06.2016

Planungskongress

Jahresthema 2017: Bildung in Europa - Von anderen Lernen
Potsdam, 17.-19.06.2016

Fachkongress 03/2016

Was folgt aus Leistungsmessungen und Vergleichen? (PISA, Vera und Co.)
Ausschüsse Grundschule und frühkindliche Bildung, Gymnasium und
Berufsbildende Schule
Potsdam, 23.-25.09.2016

Herbstplenarkongress 2016

Wie sollen Kinder lernen? Formen des Lernens
Potsdam, 11.-13.11.2016

Vernetzung

Der Bundeselternrat arbeitet mit verschiedenen Partnern thematisch zusammen bzw. ist in Arbeitskreisen und Fachforen vertreten:



Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e. V. (ASD)
www.schulleitungsverbaende.de



Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) www.dguv.de



Grundschulverband e.V. (GSV)
www.grundschulverband.de



Konferenz der Schulaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (KSD) www.ksdev.de



Plattform Ernährung und Bewegung e.V. (peb)

Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM)

<https://beauftragter-missbrauch.de>



Verband Bildungsmedien e. V. (VBM)

www.bildungsmedien.de

European Parents Association (EPA)
<http://euparents.eu>



Bundesschülerkonferenz (BSK)

Für die Unterstützung danken wir besonders folgenden Organisationen:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung www.bmbf.de
- DLR Projektträger | Ganztagsforschung, Allgemeine Bildung www.dlr.de
- Verband der Bildungsmedien www.bildungsmedien.de
- Seminaris Seehotel Potsdam www.seminaris.de/hotels/seminaris-seehotel-potsdam.html
- APD-IT - www.apd-it.eu

Impressum

Herausgeber:

Bundeselternrat

Bernauer Str. 100

16515 Oranienburg

Tel: 03301-5755-37

Fax: 03301-5755-39

Email: info@bundeselternrat.de

Internet: www.bundeselternrat.de

Verantwortlich: Dr. Chris Benner
Michael Töpler

Redaktion: Michael Töpler
Erika Takano-Forck
Wolfgang Pabel
Andrea Spude
Evelin Becker
Dr. Chris Benner

Layout: Evelin Becker

Druck: flyeralarm GmbH
Alfred-Nobel-Str. 18
97080 Würzburg

Bildnachweis:

Vorstandsfoto (Alexander Baumbach), sonstige Fotos (Evelin Becker)

Für eine bessere Lesbarkeit haben wir weitestgehend auf eine geschlechter-spezifische Differenzierung verzichtet. Im Sinne der Gleichbehandlung gelten entsprechende Begriffe für beide Geschlechter.

Stand: Februar 2016

© Bundeselternrat

www.bundeselternrat.de
